

Kernbotschaften: #GermanVernunft

Grundsätzlich:

- Wir wollen keine Verbote, sondern Angebote.
- Die Politik darf die Menschen nicht bevormunden.
- Ohne neue Angebote werden die Menschen in ihrer Mobilität eingeschränkt – damit ihre Freiheit.
- Wir dürfen nicht spalten in: Stadt – Land, Nord – Süd, Ost – West.
- Wir haben gleichwertige Lebensverhältnisse für das ganze Land im Koalitionsvertrag versprochen.
- Wenn jemand ernsthaft verlangt, dass wir sofort Sprit- und Energiekosten drastisch erhöhen, Autos aus den Städten verbannen, große Autos am besten komplett verbieten, dann spüre ich vor allem eines: Arroganz und Verachtung gegenüber Lebensweisen, die sich von der eignen unterscheiden.
- Wer in der Stadt wohnt mit einer U-Bahnstation vor der Haustür, tut sich leicht, höhere Spritpreise zu verlangen. Aber: Was ist mit der Pflegerin oder Hebamme, die täglich viele Kilometer im ländlichen Raum ihrem Dienst nachgeht?
- Wir dürfen nicht vergessen: Zwei Drittel der Menschen in Deutschland leben in Kleinstädten oder auf dem Land. Hier sind Bus oder Bahn kein hundertprozentiger Ersatz, da sie nicht so viel Flexibilität bieten wie ein Auto.
- Es ist zynisch, dass diese Vorschläge fast ausschließlich von jenen formuliert werden, die gut verdienen und eine Verteuerung locker verschmerzen können.
- Sie blenden die soziale Frage aus.
- Wenn jetzt sofort Diesel und Benzin drastisch verteuert würden, träfe das einen großen Teil der Gesellschaft.
- CO2 soll einen Preis bekommen – aber nicht sofort, sondern mit einer fairen Übergangsphase.
- Wirtschaft und Verbraucher haben bis dahin Zeit, sich darauf einzustellen, dass klimaschädliches Verhalten in Zukunft teurer wird.
- Bei diesem Weg wird niemand überrumpelt oder bevormundet. Alle können sich vorbereiten.

Klimaschutz beim täglichen Konsum

Arbeitsplätze

- Rund 840.000 Menschen sind derzeit in der Automobil- und Zulieferindustrie beschäftigt.
- Diese Menschen verdienen Geld, um ihre Familien zu ernähren. Und zugleich sind es mehr als 800.000 Menschen, die dank dieser Branche Steuern und Sozialbeiträge zahlen.
- Die Automobilindustrie trägt somit entscheiden dazu bei, dass wir unseren Sozialstaat finanzieren können.

Zu Alternativen Antrieben

- Die Automobilindustrie muss die Zeit des Täuschens und Enttäuschens hinter sich lassen. Die Manager müssen zeigen, dass saubere Mobilität nicht nur mit Bahn und Fahrrad möglich ist. Auch das Auto hat in einem klimafreundlichen Mobilitätsmix seinen Platz.
- Wir brauchen den Elektro-Käfer-Effekt.
- Elektro-Autos müssen nicht nur für Firmenchefs erschwinglich sein, sondern auch für Auszubildende.
- Ich werde nicht zulassen, dass Mobilität für Teile der Gesellschaft unbezahlbar wird.
- Laden muss immer und überall möglich sein. Da haben wir noch eine ordentliche Aufgabe vor uns.
- Wir (BReg) haben bereits 50.000 Ladepunkte bewilligt. Bis 2020 sollen es 100.000 Ladepunkte sein, davon mindestens ein Drittel Schnellladesäulen.
- Es ist aber ein Fehler nur auf die Elektromobilität zu schauen: Wir müssen technologieoffen bleiben.
- Wir brauchen auch die Wasserstoff-Technologie: Es gibt bereits den ersten Wasserstoff-LKW aus der USA mit einer Reichweite von 1200 Kilometern. Und es wird künftig noch mehr solcher Innovationsschübe geben.

Bahn

- Wir haben ein klares Ziel: Die Bahnrepublik Deutschland.
- Keine Bundesregierung zuvor hat so viel in die Schiene investiert.
- Bahnfahren ist aktiver Klimaschutz.
- Bis 2030 wollen wir die Zahl der Fahrgäste verdoppeln und mehr Güter auf die Schiene bringen.
- Wir haben seit dem Start der Legislaturperiode einen klaren Kurs eingeschlagen und mit der Deutschen Bahn das größte Modernisierungsprogramm für die Schiene vereinbart, das es je in Deutschland gab.
- Ganz konkret: Wir ersetzen überalterte Anlagen, schaffen Barrierefreiheit, verbessern das Baustellenmanagement und den Zustand der Eisenbahnbrücken.

Umfragen:

- In einer YouGov-Umfrage zufolge ist nur jeder vierte Erwachsene (27 Prozent) bereit steigende Spritpreise hinzunehmen.
- Auch neue Steuern kommen nicht gut an: Laut ARD-Deutschland-Trend halten 61 Prozent der Deutschen eine CO2-Steuer für nicht sinnvoll. Und je weiter man sich von den besser Verdienern entfernt, desto geringer fällt die Unterstützung für politisch induzierte Preissteigerungen aus.
- Deshalb ist es so wichtig, dass wir es schaffen mit unserer Politik die Menschen abzuholen und in ihren Gewohnheiten und Anliegen ernstnehmen.
- Es bringt nichts, aus dem Gefühl einer moralischen Überlegenheit heraus – auf große Teile der Gesellschaft herab zu blicken und sie zu verurteilen.

Weltuntergang

- Wir müssen jetzt sofort handeln: Wir haben nur eine Erde und keine zweite Chance.
- Sie glauben, die Welt wird untergehen.
- Ich glaube, wir werden sie retten.

Pkw-Maut

- Wir hatten einen klaren gesetzlichen Auftrag zur Umsetzung der Infrastrukturabgabe.
- In einem nationalen Gesetzgebungsprozess hatten alle Beteiligten - Bundesregierung, Bundestag, Bundesrat und Bundespräsident - der Infrastrukturabgabe in dieser Form zugestimmt. Auch die Kommission hatte grünes Licht gegeben und das Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eingestellt. Auch der Generalanwalt hat Deutschland in allen Punkten Recht gegeben.